

Bekanntmachung der Gemeinde Jürgenshagen

Bekanntmachung der Satzung der Gemeinde Jürgenshagen über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 1 „Autohof Richter“ am westlichen Ortsrand von Jürgenshagen gelegen, westlich der L 11, gegenüber des Baugebiets „Am Großen Soll“ begrenzt:

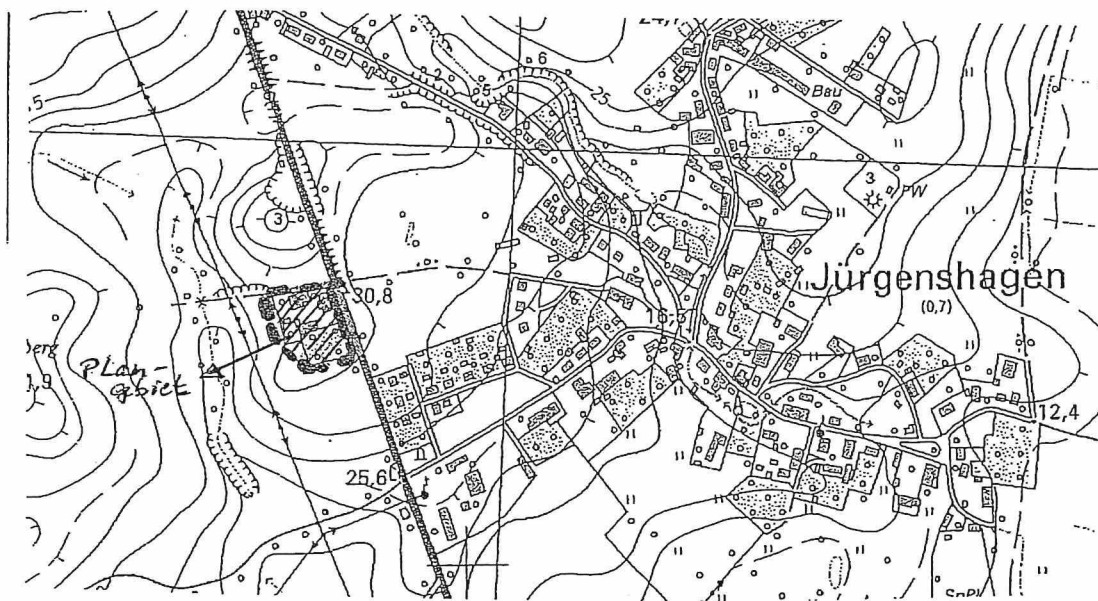
im Norden/Süden/Osten

durch Ackerflächen

im Westen

durch die L11 gegenüber des Baugebietes
„Am Großen Soll“

*Die Planbereichsgrenzen sind dem abgedruckten Lageplan zu entnehmen.
Das Plangebiet ist schraffiert dargestellt.*



Die Gemeindevertretung Jürgenshagen hat in Ihrer Sitzung am 18.09. 2008, im Beschluss Nr.:0019/08, die Satzung der Gemeinde Jürgenshagen über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 1 „Autohof Richter“ am westlichen Ortsrand von Jürgenshagen gelegen, bestehend aus der Planzeichnung, der Begründung und dem Umweltbericht, beschlossen.

Die o.g. Satzung der Stadt Bützow über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 1 „Autohof Richter“ am westlichen Ortsrand von Jürgenshagen gelegen, wird gemäß § 10 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) bekannt gemacht.

Die Satzung der Gemeinde Jürgenshagen über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 1 „Autohof Richter“ am westlichen Ortsrand von Jürgenshagen gelegen, bestehend aus der Planzeichnung, der Begründung und dem Umweltbericht

tritt am 06. 11. 2008 in Kraft

Jedermann kann die genehmigte Satzung die dazugehörige Begründung den Umweltbericht und die zusammenfassende Erklärung dazu ab diesem Tag in der Stadtverwaltung Bützow, Am Markt 1, Zimmer 1.07 während der Dienststunden einsehen und über den Inhalt Auskunft erlangen.

Eine beachtliche Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB und in § 5 Abs. 5 der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern vom 22. Januar 1998 bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, die unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes sowie nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs sind unbeachtlich,

wenn sie nicht gemäß § 215 Abs. 1 BauGB innerhalb von einem Jahr seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde Jürgenshagen geltend gemacht worden sind. Dabei ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diesen vorhabenbezogenen Bebauungsplan und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Jürgenshagen, den 05.11. 2008


Schmidt
Bürgermeisterin

